

# Ideologische Einflüsse auf die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart

Von

P e t e r K n i r s c h - B e r l i n

*Inhaltsverzeichnis:* 1. Der Ideologiebegriff im Sowjetsystem S. 28 — 2. Das Verhältnis Ideologie — Wirtschaftswissenschaft in der Sowjetunion S. 30 — 3. Möglichkeiten ideologischer Beeinflussung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft S. 32 — 4. Die ideologische Beeinflussung der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“ S. 35 — 5. Das Verhältnis von Ideologie und „Politischer Ökonomie des Sozialismus“ S. 36 — 6. Diskussionen in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart S. 38 — 7. Die ideologische Bedeutung der sowjetischen Diskussionen über Warenproduktion, Wert und Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus S. 39

Westliche Beobachter des wissenschaftlichen Lebens in der Sowjetunion sind sich wohl ausnahmslos darüber einig, daß alle Wissenschaftsbereiche in der Sowjetunion in sehr weitgehendem Maße durch die sowjetische Ideologie determiniert werden. Es fehlen jedoch weitgehend Untersuchungen über die konkreten Formen und über das Ausmaß dieser ideologischen Einflüsse auf einzelne Wissenschaftszweige. In diesem Aufsatz soll daher versucht werden darzustellen, wie im konkreten Fall der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart die sowjet-marxistische Ideologie die Weiterentwicklung der Wissenschaft beeinflusste. Es soll untersucht werden, ob die sowjetische Wirtschaftswissenschaft, die sogenannte „Politische Ökonomie“, durch die sowjetische Ideologie beeinflusst wurde, inwieweit dies der Fall war und in welcher Weise Einflüsse der Ideologie wirksam wurden. Zuerst möchten wir zu klären suchen, in welcher Weise die sowjetische Ideologie überhaupt auf die „Politische Ökonomie“ einwirken kann und ob sich hierbei Besonderheiten gegenüber den ideologischen Wirkungsmöglichkeiten in anderen Lebens- und Wissenschaftsbereichen feststellen lassen. Anschließend sollen dann an konkreten Fällen der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion die in der Wirklichkeit nachzuweisenden Einflüsse der Ideologie dargestellt werden.

## I. Der Ideologiebegriff im Sowjetsystem

Vor der Behandlung unseres eigentlichen Themas müssen wir festlegen, was wir hier unter Ideologie verstehen wollen. Bei dem zu verwendenden Ideologiebegriff können wir uns dabei an die heute in der Sowjetunion vertretene Auffassung anlehnen: Unter Ideologie wird dort ein „System bestimmter Anschauungen, Ideen und Begriffe“ verstanden<sup>1</sup>. Die Ideologie wird dabei als gesellschaftliches Bewußtsein gesehen, das die Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins der Menschen darstellt<sup>2</sup>. Für die Ideologie in der Klassengesellschaft wird folgende Definition gegeben: „Die Ideologie ist in der Klassengesellschaft die Gesamtheit der gesellschaftlichen ... Anschauungen einer bestimmten Klasse, die ihre Lage und ihre Interessen zum Ausdruck bringen“<sup>3</sup>. Die Ideen der herrschenden Klasse sind dabei die herrschenden Ideen der ganzen Gesellschaft<sup>4</sup>. Weiter wird von der sowjet-marxistischen Theorie angenommen, daß die herrschende Klasse ihre Ideologie verteidigt<sup>5</sup>.

Aus den bisher wiedergegebenen sowjetischen Auffassungen über das Wesen der Ideologie läßt sich folgender Inhalt des Ideologiebegriffs für unsere Untersuchung zusammenfassen: Die sowjetische Ideologie stellt ein Ideensystem dar, das eine alle Lebensbereiche umfassende theoretisch-abstrakte Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit anstrebt. Dabei ist die Sowjetideologie geprägt durch die Anschauungen und Interessen einer herrschenden Gruppe — wir können es offen lassen, ob bezüglich der sowjetischen Gesellschaft in der Gegenwart von einer „herrschenden Klasse“ gesprochen werden kann. Die Ideologie stellt dabei die theoretische Fundierung und Rechtfertigung, die weltanschauliche Grundlage der Herrschaft dieser Gruppe und damit des Systems überhaupt dar. Wir möchten diese Rolle der Ideologie im Sowjetsystem als die *machtpolitische Komponente der Ideologie* bezeichnen. In der Sowjetunion wird heute die Kommunistische Partei ausdrücklich als maßgeblich in allen ideologischen Fragen genannt<sup>6</sup>, konkret können wir als „herrschende Gruppe“, als „Vertreter der Ideologie“, deren Macht durch die So-

<sup>1</sup> Kratkij filosofskij slovar', 4. Aufl. (Moskva) 1954, S. 186.

<sup>2</sup> Grundlagen der marxistischen Philosophie, Berlin(-Ost) 1959, S. 605.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 611.

<sup>4</sup> „Alle Klassen, die bis jetzt existierten, sehen in ihrer Ideologie den Ausdruck der gemeinsamen Interessen der ganzen Gesellschaft.“ Marx/Engels: Die deutsche Ideologie, Berlin(-Ost) 1960, S. 44 f.; Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O., S. 611 f.

<sup>5</sup> „Der ganze komplizierte ideologische Apparat der herrschenden Klasse verteidigt und propagiert ihre Ideologie.“ Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O., S. 612.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 654.

wjetideologie begründet wird, den Partei- und Staatsapparat in der Sowjetunion ansehen. Wenn wir die ideologischen Einflüsse auf die Wirtschaftswissenschaft untersuchen wollen, werden wir somit vor allem mit der Einflußnahme dieser Gruppen zu rechnen haben.

Für unsere Fragestellung spielt neben der machtpolitischen Seite jedoch noch ein anderer Bestandteil der Ideologie eine wichtige Rolle, nämlich ihre *dogmatischen Grundlagen*. Auch dieses Merkmal der Ideologie können wir aus den heute in der Sowjetunion vertretenen Ideologie-Anschauungen herleiten. Es wird dort gesagt: „Als Widerspiegelung des Seins bleibt das Bewußtsein in der Regel hinter der Entwicklung des Seins zurück<sup>7</sup>.“ „Die alten gesellschaftlichen Ideen und Theorien, Vorstellungen und Gefühle sind sehr zählebig und wirken noch längere Zeit weiter, wenn die materiellen Bedingungen, die sie erzeugt hatten, sich bereits wesentlich verändert haben. Abgesehen von der Macht der Gewohnheit erklärt sich ihre Zählebigkeit auch daraus, daß bestimmte gesellschaftliche Kräfte an ihrer Erhaltung interessiert sind<sup>8</sup>.“ Bedingt durch das Interesse der auf der Grundlage der Ideologie herrschenden Klasse oder Gruppe erstarren die verschiedenen Bestandteile einer Ideologie in historischen Formulierungen und Gedankengängen, die Ideologie besteht aus Lehrsätzen, die nicht angezweifelt werden dürfen, weil die herrschende Gruppe in solchen Zweifeln eine Gefährdung ihrer Machtstellung sieht<sup>9</sup>. Die dogmatische Komponente ist somit eng mit der machtpolitischen Komponente der Ideologie verbunden. Diese dogmatische Komponente ist auch bei der sowjetischen Ideologie sehr wichtig, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und auch Stalin bilden die Grundlage der sowjetischen Ideologie. Änderungen der Ideologie stellen daher Verstöße gegen die marxistisch-leninistische Lehre dar und werden nur höchst zögernd und ausnahmsweise von der in ideologischen Fragen maßgeblichen Partei- und Staatsführung zugelassen. Auch die sowjetische Ideologie ist deshalb keine Widerspiegelung der Wirklichkeit, sie ist gegenüber der Entwicklung der Wirklichkeit zu starr, sie bleibt hinter der Entwicklung der Wirklichkeit zurück, sie ist wegen dieser dogmatischen Komponente genau so falsches Bewußtsein, wie dies die sowjetische Philosophie für die „bürgerlichen“ Ideologien annimmt<sup>10</sup>.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 610.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 635.

<sup>9</sup> Die Rolle des Dogmas zur Verteidigung der Klasseninteressen wird in den Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O., S. 628, für die Religion in dieser Weise dargestellt.

<sup>10</sup> Dies wird heute in der Sowjetunion auch für den Sozialismus zugegeben, vgl. Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O., S. 653 f.

## 2. Das Verhältnis Ideologie — Wirtschaftswissenschaft in der Sowjetunion

Bevor wir die Bedeutung dieser beiden Grundzüge der sowjetischen Ideologie für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft in der Gegenwart untersuchen, müssen wir eine besondere Schwierigkeit unseres Themas berücksichtigen: Die Wirtschaftswissenschaft ist in der Sowjetunion Teil der Ideologie, sie gehört zu den sogenannten „ideologischen Formen“<sup>11</sup>. Eine Trennung von Ideologie und Wirtschaftswissenschaft, wie sie unser Thema voraussetzt, erscheint so eigentlich unmöglich. Als Arbeitshypothese ist jedoch eine solche Trennung durchaus sinnvoll, und sie ist auch insofern durch die sowjetische Wirklichkeit gerechtfertigt, als die Wirtschaftswissenschaft entgegen der theoretischen Annahme der sowjetischen Philosophie nicht restlos in der Ideologie aufgeht. Nicht jedes Ergebnis wirtschaftswissenschaftlicher Forschung wird in der Sowjetunion Bestandteil der Ideologie, ja es ist in verschiedenen Fällen eine ausgesprochene Diskrepanz zwischen den wirtschaftswissenschaftlichen und ideologischen Interessen festzustellen, und das Aufzeigen dieser Diskrepanz stellt ja den eigentlichen Gegenstand dieser Untersuchung dar. Wenn im folgenden daher von Ideologie und Wirtschaftswissenschaft in der Sowjetunion als von zwei getrennten Bereichen gesprochen wird, so ist dies für unsere Untersuchung wohl zu rechtfertigen, ohne daß wir jedoch übersehen wollen, daß in der Sowjetunion diese Trennung keineswegs so eindeutig vollzogen ist<sup>12</sup>.

Welche Besonderheiten lassen sich nun für das Verhältnis Ideologie — Politische Ökonomie in der Sowjetunion feststellen? Zuerst ist hervorzuheben, daß die Politische Ökonomie für die marxistisch-leninistische Ideologie besondere Bedeutung hat, denn die Politische Ökonomie untersucht ja die für die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit und ihre Entwicklung als grundlegend angesehene *Wirtschaftswirklichkeit*<sup>13</sup>. Im Rahmen der materialistischen Weltansicht und Weltklärung kommt der Politischen Ökonomie, der die Erklärung der Entstehung und Entwicklung der materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Existenz obliegt, eine sehr große Bedeutung zu. Dies ist schon bei den dogmatischen Bestandteilen der Ideologie zu verzeichnen — im Marxschen Werk nimmt die Wirtschaftslehre einen besonders wichtigen Platz ein. Für die heutige sowjetische Wirtschaftswissenschaft hat dies zur Folge, daß die Ideologie einerseits wegen

<sup>11</sup> Ebenda, S. 605.

<sup>12</sup> Vor allem in personeller Beziehung existiert diese Trennung nicht — der gleiche Personenkreis, der für wirtschaftstheoretische Fragen maßgebend ist, hat auch wichtige Funktionen in der allgemeinen Ideologieauslegung bzw. in der Partei- und Staatsführung.

<sup>13</sup> Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O., S. 606.

der zentralen Stellung des ökonomischen Bereichs im Gesamtsystem, zum anderen wegen des weitentwickelten Dogmas in ökonomischen Fragen starken Einfluß auf die Politische Ökonomie nehmen muß. Diesem starken Interesse der Ideologie an einer Beeinflussung der Wirtschaftswissenschaft stehen nun aus dem Wesen und aus den Aufgaben der Politischen Ökonomie besondere Schwierigkeiten entgegen. Diese Schwierigkeiten rühren daher, daß die Wirtschaftswissenschaft eine sehr konkrete Wissenschaft ist, die die Untersuchung und Erklärung der Wirtschaftswirklichkeit zur Aufgabe hat<sup>14</sup>. In allen Fällen, in denen sich die Wirtschaftswirklichkeit, die ökonomische Basis der Gesellschaft, in einer anderen Weise verhielt oder entwickelte, als dies die Ideologie annahm oder voraussah, mußte es zu Spannungen zwischen den Ansprüchen der Ideologie auf die ihr sehr wichtig erscheinende Beeinflussung der Politischen Ökonomie und der Notwendigkeit einer sinnvollen Erfassung der ökonomisch relevanten Wirklichkeit kommen.

Hier steht die Ideologie einem echten Dilemma gegenüber: Während sie zur Wahrung des Dogmas gegen die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft einschreiten muß, ist aus der machtpolitischen Komponente der Ideologie heraus die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Wirklichkeit notwendig. Die Wirtschaftswissenschaft muß ja in vollem Umfang zur Lösung von Aufgaben beitragen, die für die politische Macht der Vertreter der Ideologie von ausschlaggebender Bedeutung sind, und dieser Funktion kann die Wirtschaftswissenschaft nur bei Übereinstimmung mit der Wirklichkeit genügen. Über diesen sehr wichtigen pragmatischen Gesichtspunkt hinausgehend, könnte man sogar so weit gehen anzunehmen, daß innerhalb der materialistisch bestimmten sowjetischen Ideologie der Wirtschaftswissenschaft die Aufgabe zufällt, die Veränderungen der das ganze Sein bestimmenden ökonomischen Grundlagen zu erfassen und in Veränderungen der Ideologie umzusetzen, d. h. die Politische Ökonomie könnte an entscheidender Stelle dazu beitragen, daß die Ideologie nicht zu einem falschen gesellschaftlichen Bewußtsein wird<sup>15</sup>. Jedenfalls können wir feststellen, daß das Besondere des Verhältnisses von Ideologie und Politischer Ökonomie in der Sowjetunion darin besteht, daß die Ideologie wegen der Bedeutung der Ökonomik im ideologischen System und wegen der weitgehenden dogmatischen Festlegung ein sehr großes Beeinflussungsinteresse gegenüber der Wirtschaftswissen-

<sup>14</sup> Vgl. dazu ebenda, S. 654: „Dabei wird ein Fehler in der Theorie um so gefährlicher, je direkter diese Theorie (diese oder jene ihrer Thesen) auf die Praxis angewendet wird.“

<sup>15</sup> Dieser Gedanke klingt heute in der sowjetischen Philosophie an, vgl. ebenda, S. 645.

schaft hat, daß jedoch aus pragmatischen, machtpolitischen Gründen eine unbeschränkte Herrschaft der Ideologie über die Wirtschaftswissenschaft nicht möglich ist.

Der Beeinflussungsanspruch wird in anderen Zweigen der sogenannten „Gesellschaftswissenschaften“, so in der Philosophie und Geschichtswissenschaft, ähnlich stark sein, die Wirklichkeit wird sich in diesen Bereichen jedoch im allgemeinen nicht mit gleicher Kraft wie bei der Wirtschaftswissenschaft durchsetzen können, weil wohl vor allem das pragmatische Element schwächer ist. In anderen Wissenschaftszweigen, so in allen Naturwissenschaften, wird sich die Wirklichkeit im normalen Fall leichter als bei der Ökonomie gegenüber den ideologischen Einflüssen durchsetzen können, weil hier einerseits die Notwendigkeit einer ideologischen Beeinflussung meist geringer ist, andererseits das Interesse an praktisch verwendbaren Ergebnissen sehr groß ist<sup>16</sup>.

Das Besondere des Verhältnisses von Politischer Ökonomie und Ideologie liegt offenbar darin, daß Ideologie und Wirklichkeit grundsätzlich gleich stark auf die Wirtschaftswissenschaft wirken und nur am konkreten Fall das Übergewicht eines der beiden Faktoren festzustellen ist. Der Gegensatz zwischen Ideologie und Wirklichkeit kann bezüglich der Politischen Ökonomie somit als labiles Gleichgewicht beschrieben werden, in dem das Übergewicht eines Faktors und damit die Entwicklungsrichtung der Wissenschaft nicht theoretisch vorausbestimmbar ist. Konkret gesprochen: die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft in der Sowjetunion ist grundsätzlich nicht *nur* durch die Ideologie oder *nur* durch die Realität beeinflusst, es ist auch kein eindeutiges unveränderliches Übergewicht eines der beiden Faktoren festzustellen, sie wirken vielmehr mit unterschiedlichem Gewicht, das von der Konstellation im konkreten Fall abhängt.

### 3. Möglichkeiten ideologischer Beeinflussung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft

Es erscheint bei dieser, die theoretisch verallgemeinernde Betrachtung erschwerenden Lage zweckmäßig, vorweg zu klären, welche Möglichkeiten für eine ideologische Beeinflussung der Politischen Ökonomie überhaupt vorstellbar sind. Nicht näher betrachten wollen wir den bei unserer Ideologiedefinition prinzipiell auch möglichen Fall, daß die Ideologie fortschrittlich wirkt und die Entwicklung der Wirt-

<sup>16</sup> Einen ähnlichen Gedanken von verschiedenen hohen, d. h. verschieden weit „von der materiellen, ökonomischen Grundlage sich entfernenden Ideologien“ vertritt Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: *Marx/Engels*, Ausgewählte Schriften, Band II, Berlin (-Ost) 1960, S. 370.

schaftswissenschaft fördert. Für die sowjetische Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart spielt dieser Fall keine Rolle.

Der dogmatischen Starrheit der Ideologie entsprechend ist ein anderer Fall wesentlich häufiger zu erwarten — die Ideologie versucht, die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaft zu hemmen, weil die neuen Erkenntnisse und Erklärungen im Widerspruch zu Behauptungen der Ideologie stehen. In diesem Fall tritt der oben charakterisierte Gegensatz zwischen Wirklichkeit und Ideologie auf. Wenn die Vertreter der Ideologie die dogmatischen Anschauungen der Ideologie für wichtiger halten als eine richtige Erklärung der Wirklichkeit durch die Wirtschaftswissenschaft — dies kann z.B. aus machtpolitischen Gründen der Fall sein — dann wird die Wirtschaftswissenschaft in ihrer Entwicklung gehemmt werden, sie wird falsche Erklärungen der Wirklichkeit geben bzw. nicht zur Erfassung neuer Tatbestände imstande sein. Solange die Ideologie ihre hemmenden Einflüsse auf die Wirtschaftswissenschaft ausüben kann, wird ein Verkümmern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung eintreten, ihre Aussagekraft und ihre Bedeutung werden sehr gering — die Entwicklung der Politischen Ökonomie in der Sowjetunion zwischen 1930 und 1952 bietet hierfür reiches Anschauungsmaterial<sup>17</sup>.

Wegen der bereits oben charakterisierten widersprüchlichen Einflüsse von Ideologie und Wirklichkeit auf die Wirtschaftswissenschaft wird dieser Fall im allgemeinen jedoch nur *zeitlich begrenzt* auftreten können. Nur als Ausnahme wird es möglich sein, daß die Ideologie ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Wirklichkeit die Wirtschaftswissenschaft dogmatisch bestimmen kann. In diesem Ausnahmefall wäre ein völliger Untergang der Wirtschaftswissenschaft vorstellbar, da ihr nichts mehr zu forschen und zu erklären bleibt und die Vertuschung der Widersprüche zwischen Wirklichkeit und ideologischer Behauptung auch von einer im Dienste der Ideologie stehenden Propaganda übernommen werden kann.

Viel wahrscheinlicher erscheinen jedoch andere Lösungen des aufgetretenen Widerspruchs. Dies ist einmal in der Form einer *Abänderung*, in der Form von *Zugeständnissen der Ideologie* möglich. Dabei spielt es für unsere Betrachtung keine Rolle, ob diese Abänderung in aller Öffentlichkeit vorgenommen und zugegeben wird oder ob sie stillschweigend durchgeführt wird — in beiden Fällen wird für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft freie Bahn geschaffen, sie kann ihre Aufgabe der Erkenntnis der Wirklichkeit, befreit von den ideologischen Fesseln, wieder erfüllen. Nun wären der-

<sup>17</sup> Aus diesem unbefriedigenden Zustand der Politischen Ökonomie in der Sowjetunion über längere Zeit hinweg mag auch die mangelnde Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der sowjetischen Politökonomie seitens der westlichen Nationalökonomie zu erklären sein.

artige Änderungen von Teilen der Ideologie wegen der ständigen Veränderung der Wirklichkeit immer wieder notwendig, was vom dogmatischen Standpunkt betrachtet zur Zerstörung der ursprünglichen Ideologie mit allen Folgen für die Machtstellung der herrschenden Gruppe führen müßte. Deshalb wird dieser Weg nur höchst ungern gegangen werden, oder man wird versuchen, sich bei solchen Änderungen in den Bereich der Auslegung der ursprünglichen Ideologie oder in das bis zur Selbsttäuschung gehende Jonglieren mit Begriffen und Begriffsinhalten zu retten. Der Ablauf dieses wohl häufigsten Falles der ideologischen Beeinflussung der Wirtschaftswissenschaft ist jedoch von diesen Einzelheiten unabhängig — eine gewisse Zeit vermag die Ideologie die Entwicklung der Ökonomie aufzuhalten; dann werden die Widersprüche gegenüber der Wirklichkeit zu groß, die Wirtschaftswissenschaft vermag ihre Aufgaben, insbesondere auch ihre Aufgaben für die Wirtschafts*praxis* nicht mehr zu erfüllen und die ideologischen Schranken werden in einer der genannten Weisen aufgehoben. Das bedeutet, daß die Ideologie zwar einerseits die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft behindert, daß es jedoch andererseits über die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft gegen alle Widerstände zu einer Änderung der Ideologie kommt.

Vorstellbar ist schließlich noch ein weiterer Fall der Lösung des Verhältnisses zwischen Ideologie und Wirtschaftswissenschaft, indem gewisse Bereiche der Wirtschaftswissenschaft, vor allem solche mehr technischer Natur, als ideologieirrelevant angesehen werden und aus der ideologischen Beeinflussung herausgenommen werden. Dieser Weg wurde von Vertretern ökonomischer Spezialgebiete in der Sowjetunion gelegentlich zu beschreiten versucht. Dies führte bei Randgebieten der Wirtschaftswissenschaft in einzelnen Fällen dazu, daß sie in anderen Wissenschaftsgebieten, besonders im Rahmen naturwissenschaftlicher Fächer, behandelt werden. Auch bei der Untersuchung mikroökonomischer Vorgänge, die bei uns Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre sind, und bei der Behandlung wirtschaftstechnischer Methoden ist dieses Bestreben in verschiedenen Fällen festzustellen. In der Gegenwart wurde in der Diskussion um die Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft von den sowjetischen Vertretern der Ökonometrie gleichfalls versucht, ihre Arbeiten als ideologieirrelevant hinzustellen. Wie früher schon in betriebswirtschaftlichen Fragen, verhielten sich die Vertreter der Ideologie diesen Bemühungen gegenüber äußerst vorsichtig. Sie ließen zwar Arbeiten auf diesem Gebiet zu, widersetzten sich jedoch weitgehend einer praktischen Anwendung unter Anführung ideologischer und sachlicher Gründe. Den Vertretern der Ideologie fällt es offenbar schwer, zu entscheiden, welche Teilbereiche der Wirtschaftswissen-



schaft ohne Gefährdung der Ideologie von einer ideologischen Beeinflussung freigestellt werden können. Aus diesen Gründen hatte dieser Fall bisher für die sowjetische Politische Ökonomie nur verhältnismäßig geringe Bedeutung.

#### 4. Die ideologische Beeinflussung der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“

Bisher haben wir versucht, in allgemeinerer Form festzustellen, welche Besonderheiten bei einer Beeinflussung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft durch die Ideologie möglich bzw. zu erwarten sind. Im zweiten Teil dieses Beitrags soll nun konkret an einigen Beispielen untersucht werden, welche dieser Formen der Beeinflussung in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart zu finden sind und welche Bedeutung sie hatten. Dabei müssen wir zuerst innerhalb der ideologischen Beeinflussung der sowjetischen Politischen Ökonomie *zwei weitgehend getrennte Bereiche* unterscheiden. Die Politische Ökonomie behandelt einerseits die „kapitalistische“, andererseits die „sozialistische“ Wirtschaft, in unserer, auch nicht viel exakteren Ausdrucksweise Verkehrswirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft.

Die sowjetische Ideologie kann sich nun gegenüber diesen beiden Forschungsgebieten durchaus unterschiedlich verhalten. Allerdings müssen wir hierbei noch den Tatbestand berücksichtigen, daß bei der marxistisch-leninistischen Ideologie die *Innenwirkung*, d. h. die Wirkung im eigenen Herrschaftsbereich, und die *Außenwirkung*, d. h. die Wirkung in der „kapitalistischen“ Welt, unterschieden werden muß. Der Anspruch auf Allgemeingültigkeit wird ja nicht nur sachlich, sondern auch räumlich erhoben. Die beiden Forschungsgebiete der Politischen Ökonomie betreffen nun zwei verschieden gestaltete, voneinander weitgehend getrennte Wirtschaftsformen, zwei verschiedene „Wirtschaftswirklichkeiten“. Soweit die Politische Ökonomie den Kapitalismus behandelt, bleibt den Vertretern der Ideologie noch ein anderer Ausweg aus der Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Dogma, der allerdings nur innerhalb des eigenen Herrschaftsbereichs gangbar ist. Da dieser Herrschaftsbereich gegenüber Informationen über die Wirklichkeit in der kapitalistischen Welt weitgehend abgeschirmt werden kann, ist der Ideologie eine Verfälschung dieser Wirklichkeit möglich, so daß das Bild der Wirklichkeit mit der Ideologie übereinstimmt. Die Innenwirkung der Ideologie kann dadurch nicht gefährdet werden, da ein Vergleich mit der Wirklichkeit nicht möglich ist. Anders steht es dann allerdings mit der Außenwirkung der Ideologie. Durch die offenkundigen Widersprüche mit der Wirklichkeit

kann die Glaubwürdigkeit der ganzen Ideologie naturgemäß stark erschüttert werden. Ob die Ideologie dieses Vorgehen wählt, hängt also davon ab, ob sie der Wirkung nach *innen* oder nach *außen* mehr Bedeutung beimißt.

Für die sowjetische Politische Ökonomie des Kapitalismus stand bisher die Binnenwirkung im Vordergrund. Aus diesem Grunde wurden, meist sogar noch in vergrößernd-verabsolutierender Form, auch all die Annahmen von Marx und Lenin über das Wesen und über die Entwicklung des Kapitalismus weiter vertreten, die in völligem Gegensatz zur Wirklichkeit standen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die weitgehende Aufrechterhaltung der Marxschen Behauptung von der relativen und absoluten Verelendung der Arbeiterschaft im Kapitalismus. In diesem Fall hat die Ideologie bis heute ohne Rücksicht auf die Außenwirkung die sowjetische Wirtschaftswissenschaft zu Aussagen gezwungen, die der Wirklichkeit in keiner Weise entsprechen und die sie für eine wissenschaftliche Behandlung der kapitalistischen Wirtschaft ungeeignet machten. Wir haben hier also einen Fall der unbeschränkten Beherrschung der Wirtschaftswissenschaft durch die Ideologie vor uns. In analoger Weise wurde auch bis heute bei der Leninschen Imperialismustheorie vorgegangen, und grundsätzlich kann man so für die gesamte Politische Ökonomie des Kapitalismus sagen, daß sie durch die Ideologie nicht nur in ihrer Entwicklung gehemmt, sondern bewußt verfälscht wurde. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Bereich der Politischen Ökonomie des Kapitalismus das Marxsche Dogma sehr ins einzelne gehend ausgearbeitet war und wenig Raum zu dem Ausweg in verschiedene Auslegungen blieb — man hätte auf diesem Gebiet wohl immer die Marxschen Anschauungen unmittelbar ändern müssen, und das wäre in diesem Kern des Dogmas besonders folgenreich und unerwünscht gewesen.

##### 5. Das Verhältnis von Ideologie und „Politischer Ökonomie des Sozialismus“

Der zweite Bereich, mit dem sich die sowjetische Politische Ökonomie in ihren Forschungen beschäftigen muß, ist die im Herrschaftsbereich der Ideologie entstehende neue Wirtschaftsordnung, die „sozialistische“ Wirtschaft. Hier liegen die Verhältnisse nun wesentlich anders. Einerseits ist die Stellung der Ideologie in diesem Bereich elastischer, weil die Einzelheiten und weitgehend auch die Grundzüge der neuen Wirtschaftsordnung nicht Gegenstand der ursprünglichen Marxschen Lehre waren, die die Grundlage der Ideologie bildet. Diese größere Freiheit wurde für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaftstheorie allerdings recht schnell verscherzt, indem man sehr

früh bemüht war, den vagen Vorstellungen von Marx und Engels einen konkreten Inhalt zu geben, der dann sofort zum dogmatischen Bestandteil der Ideologie wurde. Hinzu kam, daß Auffassungen der kommunistischen Führer, die meist aus ganz konkreten Situationen resultierten, auch immer sehr schnell in den Rang eines allgemeingültigen Dogmas erhoben wurden. Insgesamt ist die marxistisch-leninistische Ideologie bezüglich der sozialistischen Wirtschaft auf diese Weise aus einer Reihe von einzelnen Ideen entstanden, die keineswegs ein geschlossenes System bilden, wie dies bei den für die kapitalistische Wirtschaft relevanten Teilen der Marxschen Ideologie noch der Fall war.

Diesen uneinheitlichen ideologischen Einflüssen standen die Ansprüche der Wirklichkeit gegenüber, die bei der Wirtschaftswissenschaft des Sozialismus wesentlich gewichtiger als bei der Politischen Ökonomie des Kapitalismus sind. Einmal konnten Widersprüche der Ideologie gegenüber der Wirklichkeit für die Innenwirkung der Ideologie nicht mehr, zumindest nicht für längere Zeit, durch eine falsche Darstellung der Wirklichkeit verdeckt werden, da die Wirklichkeit für jeden im Herrschaftsbereich der Ideologie Lebenden nachprüfbar war. Zum anderen sprachen jedoch auch Zweckmäßigkeitsgründe gegen eine derartige Entwertung und Ausschaltung der Wirtschaftswissenschaft. Anders als bezüglich der Behandlung der kapitalistischen Wirtschaft hatten die Vertreter der Ideologie, die mit den politischen Führern identisch waren, durchaus ein Interesse daran, von der Politischen Ökonomie eine theoretische Behandlung der Probleme einer sozialistischen Wirtschaft als Grundlage für die Bewältigung der praktisch auftretenden wirtschaftlichen Probleme zu erhalten. Eine Wirtschaftstheorie des Sozialismus war für den Erfolg des neuen Wirtschaftssystems unbedingt notwendig, sie war damit aber auch notwendig für die Existenz des politischen Systems überhaupt wie auch der Ideologie, für die dieses neue Wirtschaftssystem wichtige Grundlage und wesentlicher Bestandteil war. Grundsätzlich können wir somit erwarten, daß sich für die Entwicklung einer Wirtschaftstheorie des Sozialismus aus pragmatischen Gründen die Ansprüche der Wirklichkeit relativ stark gegenüber der Ideologie durchzusetzen vermögen und daß die Beeinflussung durch die Ideologie nur begrenzte Zeit möglich ist.

Wenn wir daraufhin die tatsächliche Entwicklung der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ in der Sowjetunion untersuchen, können wir feststellen, daß nach dem ideologisch noch wenig eindeutig beeinflussten ersten Jahrzehnt in den Jahren von 1930 bis 1950 das, was sich als ideologische Richtlinien für eine Wirtschaftslehre des Sozialismus entwickelt hatte, fast uneingeschränkt die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft bestimmte. Daß diese Zeit des absoluten

Dominierens der Ideologie verhältnismäßig lang war, läßt sich wohl durch die dazwischenliegenden Kriegsjahre begründen, vor allem dürfte die ideologische Intoleranz der Stalinzeit dafür als Ursache anzusehen sein. Das Ergebnis war jedenfalls Anfang der fünfziger Jahre, nach 35 Jahren Sowjetherrschaft, der Tatbestand, daß es keine wissenschaftliche Darstellung und Erklärung einer sozialistischen Wirtschaft gab, obwohl dieses Wirtschaftssystem in der Sowjetunion bereits über ein Jahrzehnt verwirklicht sein sollte. Es ist offenkundig, daß sich sehr große Nachteile und Schwierigkeiten für den Ablauf und für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus diesem Fehlen einer theoretischen Grundlage ergeben mußten, insbesondere bei einem Wirtschaftssystem, in dem globale Entscheidungen autonom von Einzelpersonen vorgenommen werden sollen. Die Schaffung eines theoretischen Instrumentariums war für die mit ihrer Entwicklung komplizierter werdende Sowjetwirtschaft eine immer dringendere Notwendigkeit. In den vergangenen acht Jahren begann nun der große Prozeß der Schaffung einer Wirtschaftslehre des Sozialismus, zum Teil in der Form öffentlicher Diskussionen, die sich vor allem mit der Überwindung der evident gewordenen Widersprüche zwischen Wirtschaftswirklichkeit und ideologischer Behauptung befaßten.

## 6. Diskussionen in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft der Gegenwart

Es ist selbstverständlich im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, alle hierbei diskutierten Fragen zu behandeln. Wir wollen uns vielmehr auf die immer noch sehr knappe Darstellung der wichtigsten wirtschaftstheoretischen Diskussion dieser Jahre beschränken, nämlich auf die für die Politische Ökonomie wie auch für die Ideologie zentralen Fragestellungen, wie sie in der sogenannten *Wertgesetzdiskussion* aufgeworfen wurden. Nur der Vollständigkeit halber seien noch die anderen Diskussionspunkte erwähnt, die die sowjetische Wirtschaftstheorie in der Gegenwart beschäftigen: Es ist dies einmal die Frage der *Anwendung mathematischer Methoden* in der Wirtschaftstheorie und -praxis. Diese Diskussion schließt sich in ihrer Problematik eng an die zu beschreibende Wertgesetzdiskussion an, die ideologischen Schwierigkeiten sind sehr ähnlich, vielleicht nicht so offenkundig, da die Diskussion wesentlich spezieller ist und von den Vertretern der Ökonometrie leichter der Eindruck erweckt werden kann, daß sie nur die Einführung neuer, ideologieirrelevanter Methoden anstreben. Die praktischen Ergebnisse dieser Diskussion sind dabei bisher noch sehr gering. Ein wichtiger Diskussionsgegenstand war für kurze Zeit 1953/54 im Zusammenhang mit Malenkows „Neuem Kurs“ die Anzweiflung des Dogmas vom unbedingten *Vorrang der Produktions-*

*abteilung I* — der Produktion von Produktionsmitteln — gegenüber der Produktion von Konsumgütern, der eindeutig zugunsten des Dogmas entschieden wurde<sup>18</sup>. Ein weiterer Diskussionsgegenstand war die *Berechnung der Kapitaleffizienz* als Grundlage der Investitionsentscheidungen, in der sich die Erfordernisse der Wirtschaftswirklichkeit nur sehr bedingt gegen die durch die Marxsche Wertlehre bestimmten Meinungen durchsetzen konnten. Diese Diskussion ist insbesondere im Hinblick auf die Wertgesetzkritik noch nicht als abgeschlossen anzusehen<sup>19</sup>. Einige Diskussionen sind ferner in der Agrartheorie zu verzeichnen, so die Behandlung der *Differentialrente im Sozialismus*, die noch im Gange ist, und die ebenfalls noch nicht entschiedene, nicht sehr intensiv geführte Diskussion über die *einheitliche Eigentumsform der Landwirtschaftsbetriebe* in der Sowjetunion. Die neben der Wertgesetzkritik wichtigste Erörterung wirtschaftstheoretischer Probleme in der Gegenwart ist wohl die Frage des *Übergangs zum Kommunismus* und die ökonomischen Vorstellungen vom Kommunismus. Wenn es dabei auch interessant ist zu beobachten, wie aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte viele utopische Bestandteile der Ideologie in dieser Diskussion modifiziert wurden, so ist für unsere Fragestellung diese Diskussion insofern nicht sehr ergiebig, als hier eine echte Konfrontation mit der Wirtschaftswirklichkeit naturgemäß fehlt und es der Ideologie verhältnismäßig leicht fällt, sich durchzusetzen.

### 7. Die ideologische Bedeutung der sowjetischen Diskussion über Warenproduktion, Wert und Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus

Die bedeutendste wirtschaftswissenschaftliche Diskussion nach Stalins Tod in der Sowjetunion behandelte die Existenz von Warenproduktion und Wert und das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus. Diese Diskussion begann im Mai 1956 mit der Vorbereitung einer veränderten Neuauflage des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“, ihre Höhepunkte erreichte sie nach ihrer laufenden Fortführung in der vom „Institut ökonomiki“ der Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Zeitschrift „Voprosy ökonomiki“ in Tagungen des „Institut ökonomiki“ im Dezember 1956 und Mai, September und Dezember 1957, in einer wissenschaftlichen Konferenz des Lehrstuhls für Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

<sup>18</sup> Die ideologische Seite dieser Diskussion wird beispielemäßig in *Grundlagen der marxistischen Philosophie*, a.a.O., S. 654 f., dargestellt.

<sup>19</sup> Diesen Standpunkt vertritt *Ostrovitjanov, K.*: *Tovarnoe proizvodstvo i zakon stoimosti pri socializme*, in: *Kommunist*, Moskva 1957, Nr. 13, S. 97 (deutsch: *Ostrowitjanow, K.*: *Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus*, in: *Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Berlin(-Ost) 1958, Nr. 1, S. 61).

der Staatlichen Moskauer Lomonossov-Universität im Januar 1958 und in einer Tagung der gesellschaftswissenschaftlichen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Juni 1958<sup>20</sup>. Diese Diskussion dauert noch in der Form von Aufsätzen in „Voprosy ekonomiki“ an, wiewohl die wichtigsten Positionen heute bereits als hinreichend geklärt angesehen werden können.

Für die Darstellung der ideologischen Einflüsse dieser Diskussion, die meist zusammenfassend als „Wertgesetzkritik“ bezeichnet wird, erscheint es zweckmäßig, zwischen der dogmatischen und der machtpolitischen Seite der Ideologie zu unterscheiden. Das marxistische Dogma war in bezug auf die genannten Fragen eindeutig: Marx sagt in der „Kritik des Gothaer Programms“, daß es im Sozialismus weder Waren noch Wert und damit auch kein Wirken des Wertgesetzes geben werde<sup>21</sup>. Ebenso deutlich wird dieser Tatbestand von Engels im „Anti-Dühring“ charakterisiert<sup>22</sup>. Es verwundert daher

<sup>20</sup> Obsuždenie učebnika političeskoj ekonomii, in: Vestnik Moskovskogo universiteta, Moskva 1956, Nr. 2, S. 166—178 (deutsch: Diskussion über das Lehrbuch der Politischen Ökonomie, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin(-Ost) 1957, Nr. 7, S. 836—856). — Obsuždenie voprosa o zakone stoimosti i cenooobrazovanija v SSSR v institute ekonomiki Akademii nauk SSSR, in: Voprosy ekonomiki Moskva 1957, Nr. 2, S. 71—105 (deutsch: Diskussion über Wertgesetz und Preisbildung in der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin(-Ost) 1957, Nr. 8, S. 899—962). — Naučnoe soveščanie po voprosu o zakone stoimosti i ego ispolzovanie v narodnom chozjajstve SSSR, in: Voprosy ekonomiki, Moskva 1957, Nr. 8, S. 72—109 (deutsch: Das Wertgesetz und seine Ausnutzung in der Volkswirtschaft der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin(-Ost) 1958, Nr. 1, S. 66—120). — Ekonomičeskie problemy stroitel'stva kommunizma. Na naučnoj sessii otdelenija obščestvennyh nauk Akademii nauk SSSR, in: Voprosy ekonomiki, Moskva 1958, No. 9, S. 84—118. Moskovskij gosudarstvennyj universitet imeni M. V. Lomonosova, Kafedra političeskoj ekonomii Ekonomičeskogo fakulteta: Zakon stoimosti i ego rol' pri socializme, Moskva 1959 (deutsch: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, Berlin(-Ost) 1960). Vgl. hierzu auch: *Zaubergerman*, Alfred: The Soviet Debate on the Law of Value and Price Formation, in: Value and Plan, ed. by Gregory Grossman, Berkeley, Los Angeles 1960, S. 40. *Eggers*, Wolfgang: Die Rolle des „Wertgesetzes“ im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1960, Nr. 1, S. 34—45.

<sup>21</sup> „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus, ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeitszeit existieren. ... Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. ... Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet.“ *Marx*, Karl: Kritik des Gothaer Programms, in: *Marx-Engels: Ausgewählte Schriften*, Band II, Berlin(-Ost) 1960, S. 15 f.

<sup>22</sup> „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt.“ *Engels*, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung

nicht, wenn zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution 1917 die marxistischen Theoretiker zusammen mit dem Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum auch das Absterben der Warenproduktion und der mit ihr verbundenen Kategorien Wert, Preis und Geld erwarteten. Dies läßt sich deutlich aus verschiedenen Äußerungen Bucharins erkennen<sup>23</sup>, der damals zweifellos in bedeutender Weise an der Festigung des Dogmas beteiligt war. Wichtiger für die heutige Diskussion ist jedoch der Tatbestand, daß Lenin 1921 völlig unmißverständlich die These aussprach, daß das Produkt der sozialistischen Fabrik *keine Ware* sei<sup>24</sup>. Aus dieser Haltung heraus sind auch die Versuche zur Einführung einer geldlosen Wirtschaft im „Kriegskommunismus“ zu verstehen, und die bekannten sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler Eugen Varga und Stanislaw G. Strumilin waren dafür schon sehr konkret mit der Ausarbeitung einer „Arbeitswährung“ beschäftigt.

Die praktische Unmöglichkeit einer geldlosen Wirtschaft wurde damals angesichts der völligen Desorganisation der russischen Wirtschaft rasch eingesehen, und zur Zeit der Einführung der Planwirtschaft, als die Frage der Warenproduktion und des Wertes in der neuen Wirtschaftsordnung eigentlich hätte entschieden werden müssen, war die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion bereits zu sehr erstarrt und unterdrückt, vielleicht auch nur zu sehr durch konkrete Fragen in Anspruch genommen, als daß sie sich mit diesem Problem hätte auseinandersetzen können. Jedenfalls blieb bis 1951 für die

---

der Wissenschaft („Anti-Dühring“), Berlin(-Ost) 1955, S. 351. „Die unmittelbare gesellschaftliche Produktion wie die direkte Verteilung schließen allen Warenaustausch aus, also auch die Verwandlung der Produkte in Waren und damit auch ihre Verwandlung in *Werte*.“ Ebenda, S. 385. „Die Gesellschaft schreift also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden *wert*. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. ... Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘.“ Ebenda, S. 386.

<sup>23</sup> Bucharin, Nikolaj Ivanovič, und E. Preobraženskij: Das ABC des Kommunismus, 3. Aufl. Hamburg 1923, S. 59 f.; Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg 1922, S. 166. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Bucharin an anderen Stellen seines vielschichtigen Werkes von der Existenz einer besonderen Form des „Wertes“ in einer sozialistischen Gesellschaft spricht. In seinen Formulierungen nähert er sich dabei in erstaunlicher Weise den Wendungen, wie sie auch heute in der Wertgesetzdiskussion in der Sowjetunion gebraucht werden. Vgl. Knirsch, Peter: Die ökonomischen Anschauungen Nikolaj I. Bucharins, Berlin 1959, S. 222.

<sup>24</sup> „Das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware mehr im Sinne der politischen Ökonomie, auf jeden Fall nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein“, Lenin, V. I.: Nakaz ot STO (Soveta Truda i Oboroni) mestnym sovetским učreždenijam, in: Sočinenija, Band 32, (Moskva) 1950, S. 362.

sowjetische Wirtschaftswissenschaft die obenangeführte, auf Marx, Engels und Lenin sich gründende dogmatische Auffassung in Geltung, daß im Sozialismus weder Warenproduktion und Wert noch das Wirken des Wertgesetzes möglich seien. Diese Auffassung stand in offenkundigem Widerspruch zu der in der Sowjetunion verwirklichten Form des Sozialismus, wo Güter als Waren getauscht wurden, Preise bestanden und das Geld als allgemeines Äquivalent fungierte. Der von uns hier zu untersuchende Fall zeigt also sehr deutlich eine Diskrepanz zwischen der dogmatisch bestimmten Seite der Ideologie und der Wirtschaftswirklichkeit.

Wir müssen jetzt zeigen, ob, und wenn ja, wie diese Diskrepanz aufgehoben oder gemildert wurde. Dabei müssen wir mit einer vielleicht unerwarteten Feststellung beginnen: Die Wertgesetzkdebatte begann der Sache nach noch in den letzten Lebensjahren Stalins, und es ist deshalb durchaus Vorsicht gegenüber der allgemein verbreiteten Auffassung angebracht, daß unter Stalin generell jede wirtschaftswissenschaftliche Diskussion über ideologische Lehrsätze unmöglich war. Schon auf dem XVII. Parteitag 1934 nahm Stalin mit kräftigen Worten gegen das „ultralinke Geschwätz“ Stellung, das den Handel und das Geld bald durch den Produktaustausch abgelöst sehen möchte<sup>25</sup>. Allerdings war dies eine rein auf das Praktische zielende Bemerkung ohne theoretische Ambitionen oder Konsequenzen. Der eigentliche Beginn der Wertgesetzkdebatte wurde jedoch ebenfalls durch Stalin ausgelöst. Im Herbst 1951 fand zur Vorbereitung der ersten Auflage des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ eine Diskussion ökonomischer Probleme statt, auf die sich die 1952 erschienene Schrift Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ bezog und in der erstmals wieder von einer ideologischen Autorität zum Wertproblem im Sozialismus Stellung genommen wurde. Dabei stellte Stalin in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit fest, daß es in dem in der Sowjetunion verwirklichten Stadium des Sozialismus Waren und Warenproduktion gibt, und daß das Wertgesetz noch in beschränktem Umfang wirksam bleibt, und zwar beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt und allgemein als Hilfsmittel der Wirtschaftsplanung zur Erzielung einer größeren Rentabilität und rationelleren Betriebsführung. Dabei komme dem Wertgesetz jedoch keinerlei „regulierende Kraft“ zu, seine Wirksamkeit werde vielmehr durch das „Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“, konkret gesprochen, durch die Wirtschaftsplanung, beschränkt<sup>26</sup>.

<sup>25</sup> Stalin, J. W.: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), in: Fragen des Leninismus, Berlin(-Ost) 1954, S. 632.

<sup>26</sup> Stalin, J. W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, in: Einheit. Berlin(-Ost) 1952, Nr. 11, S. 1013–1069.



Mit dieser Darstellung revidierte Stalin weitgehend die bis dahin geltenden ideologischen Auffassungen. Allerdings machte er sich diese „Revision“ theoretisch recht leicht, indem er einerseits einen formalen Unterschied des sowjetischen Sozialismus gegenüber den Sozialismusvorstellungen der marxistischen Klassiker konstruierte: Bezugnehmend auf Engels' Feststellung, daß mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft die Warenproduktion beseitigt sei, führt er aus, daß in der Sowjetunion noch nicht *sämtliche* Produktionsmittel in *vollgültiger* Form in gesellschaftliches Eigentum übergegangen seien. Nur für die Produktionsmittel im *staatlichen Eigentum* könne man dies annehmen, nicht jedoch für das in der Sowjetunion noch vorhandene *kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliche Eigentum*. Wegen dieser „zwei unterschiedlich entwickelten Formen gesellschaftlichen Eigentums“ komme es beim Gütertausch zwischen staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben zu einem Wechsel des Eigentümers, den Stalin als konstitutiv für die Warenkategorie ansieht. Aus demselben Grund hätten auch die von den Konsumenten zu erwerbenden Güter Warencharakter. Durch diese Definition der „Ware“ schränkt Stalin jedoch die Bedeutung der vorgenommenen Änderung der Ideologie wesentlich ein: Alle Produktionsmittel haben danach keinen Warencharakter, da sie ausnahmslos in staatlichen Betrieben erzeugt und nur in staatlicher Hand verwendet werden können<sup>27</sup>, so daß für sie kein Eigentumsübergang möglich sei. Nur Konsumgüter seien also Waren. Höchst unklar wird Stalins Argumentation, wenn er den Produktionsmitteln als „Kalkulationsmaßstab“ trotz des abgestrittenen Warencharakters Preis und Wert zuerkennt. Jedenfalls können wir hier festhalten, daß Stalin zwar die dogmatischen Vorstellungen wesentlich veränderte, durch die Beschränkung des Warencharakters auf die Konsumgüter die Bedeutung dieser Veränderung für die sowjetische Wirtschaftswirklichkeit jedoch sehr gering hielt. Interessant ist, daß er darüber hinaus jedoch bemüht war, die zweifellos vorgenommene Änderung des Dogmas dadurch zu verschleiern, daß er die ganze Angelegenheit zu einer Frage des Entwicklungsstandes zu machen versuchte: Marx, Engels und Lenin hätten durchaus recht, wenn sie den Sozialismus ohne Waren, Wert und Geld sehen würden, in der Sowjetunion sei nur dieser hohe Entwicklungsstand des Sozialismus noch nicht verwirklicht und deswegen seien diese Kategorien noch anzutreffen. Er beschreitet hier den wohl

---

<sup>27</sup> Diese Konsequenzen ergaben sich jedenfalls 1952 beim Erscheinen von Stalins Schrift. Seit der 1958 erfolgten Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel aus dem Eigentum der (staatlichen) Maschinen-Traktoren-Stationen in das Eigentum der Kollektivwirtschaften wäre der Bereich der „Waren“ im Sinne Stalins wesentlich weiter.

verbreitetsten Weg der Anpassung der Ideologie an die Wirklichkeit — die Verlegung ihrer Realisierung in die Zukunft.

So vorsichtig Stalins Abänderung der dogmatischen Grundlagen der Ideologie in dem uns interessierenden Fall auch war, so bildet sie doch den Ausgangspunkt und Anlaß zu der Wertgesetzdiskussion in den Jahren seit 1956. Wenn wir uns hierbei vorerst auf die Auseinandersetzung mit den dogmatischen Grundlagen der Ideologie beschränken wollen, können wir feststellen, daß die eben dargestellten Änderungen Stalins aus dem Jahre 1952 inzwischen Bestandteil der Ideologie geworden sind. Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Bedeutung Stalins auf dem XX. Parteitag werden Stalins Auffassungen allerdings nur von einem Teil, und zwar von einer Minderheit der Diskussionsteilnehmer noch als maßgebend angesehen. Die Mehrheit der Teilnehmer an der „Wertgesetzdiskussion“ löst sich nicht nur von Stalins Auffassungen über Warenproduktion und Wert, sondern geht in ihrer Revision der Ideologie unvergleichlich weiter als Stalin. Es wird unverhüllt ausgesprochen, daß die Ideologie in diesen Punkten *falsch* sei. Aus diesen Diskussionen bekommt man den Eindruck, daß die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler zumindest auf diesem Teilgebiet nicht mehr die Herrschaft der Ideologie anerkennen. Der Ton der Ablehnung des bisherigen Dogmas soll an einigen Zitaten gezeigt werden: K. W. Ostrowitjanow, Vize-Präsident der Akademie der Wissenschaften und gewiß in ideologischen Fragen nicht unmaßgeblich, hielt auf der Konferenz des Lehrstuhls für Politische Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Universität im Januar 1958 ein Referat unter dem bezeichnenden Titel: „Gegen die unhistorische, dogmatische Behandlung des Problems der Warenproduktion im Sozialismus.“ Darin heißt es in der Replik auf einen Diskussionsbeitrag: „Wie aber argumentiert Genosse Hessin? Wenn die tatsächliche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft etwas anders verlief, als es Marx und Engels in ihrer weitgefaßten Perspektive erschien, und *wenn die Tatsachen unserer sozialistischen Wirklichkeit einigen veralteten Leitsätzen der Klassiker des Marxismus widersprechen*, so sei das um so schlimmer für die Tatsachen. Laßt uns auf den alten Positionen verharren und nicht das Neue sehen, das sich vor unseren Augen abspielt.“ Und zusammenfassend: „Man muß Schluß machen mit der dogmatischen und unhistorischen Betrachtungsweise bei der Auslegung der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Man darf von den Klassikern des Marxismus-Leninismus nicht verlangen, daß sie die gesellschaftliche Entwicklung bis zur höchsten Phase des Kommunismus in allen Details voraussahen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, die Lehre des Marxismus-Leninismus durch Verallgemeinerung der neuen Erscheinungen, die im praktischen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft auftauchen,

schöpferisch anzuwenden und zu entwickeln und ohne zu zögern die zwar für die Vergangenheit richtigen, später aber veralteten Leitsätze zu überprüfen<sup>28</sup>.“

Damit fordert Ostrowitjanow geradezu zur Änderung der bisherigen Ideologie in diesem Teilbereich auf — wir werden später noch zu untersuchen haben, ob die Notwendigkeit für eine derartig unverhüllte Aufgabe der Ideologie aus der Wirtschaftswirklichkeit heraus abzuleiten ist. Zunächst wollen wir jedoch hier zusammenzufassen suchen, welche Ergebnisse die Wertgesetzkritik hatte, wie die Ideologie hierbei geändert wurde, was heute als geltende Lehrmeinung anzusehen ist, und ob die heutigen Auffassungen bereits Bestandteil der Ideologie geworden sind.

Zuerst können wir dabei feststellen, daß sehr verschiedene Meinungen in der Diskussion vertreten wurden. Sie reichen von der völligen Leugnung der Existenz von Ware und Wert im Sozialismus — entsprechend den Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin — über die Aufrechterhaltung der Stalinschen Position — Warenproduktion resultiert aus den zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums, nur Konsumgüter sind Waren, das Wertgesetz wirkt beschränkt — bis zu der neuen, viel weiter gehenden Auffassung, daß auch im Sozialismus *alle* Produkte Waren seien und das Wertgesetz in *allen* Bereichen mehr oder weniger weitgehend wirke. Dabei dominiert der letztgenannte Standpunkt sowohl nach Anzahl als auch nach Bedeutung seiner Vertreter, so daß man heute den Eindruck erhält, daß die Ideologie in diesem ökonomisch sehr wichtigen Teilbereich recht weitgehend geändert wurde. Trotzdem würden wir zögern, diese heute am weitesten verbreiteten Anschauungen bereits als Bestandteil der Ideologie zu bezeichnen. Denn wenn sie auch von den bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftlern in der Sowjetunion heute vertreten werden, die zweifellos auch als ideologisch einflußreich anzusehen sind, so fehlt doch einerseits die Bestätigung dieser Änderungen durch wirkliche ideologische Autoritäten, andererseits spricht die Tatsache, daß die neuen Anschauungen immer noch *diskutiert* werden, daß ihnen sehr *unterschiedliche Erklärungen* zugrunde gelegt werden, und daß neben ihnen noch andere Auffassungen vertreten werden, *dagegen*, daß sie bereits Bestandteil der Ideologie geworden sind. Auch die neueste Auflage des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ und die „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ fassen nur die Diskussionsstandpunkte zusammen, ohne eine wirkliche Klärung und Festlegung zu bringen<sup>29</sup>.

<sup>28</sup> Ostrowitjanow, K. W.: Gegen die unhistorische, dogmatische Behandlung des Problems der Warenproduktion im Sozialismus, in: Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, Berlin(-Ost) 1960, S. 63—65 (Eigene Hervorhebung).

<sup>29</sup> Vgl. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Nach der dritten, überarbeiteten, russi-

Wir haben hier somit einen Fall vorliegen, wo wichtige, der bisherigen Ideologie widersprechende Änderungen wirtschaftstheoretischer Ansichten vorgenommen wurden, ohne daß dies von den Vertretern der Ideologie verhindert oder besonders bestätigt wurde — man könnte hier leicht dem Eindruck verfallen, daß sich die Wirtschaftswissenschaft in dieser Frage gegenüber der Ideologie verselbständigt hat und beginnt, eine autonome Entwicklung zu nehmen. Es wird noch zu zeigen sein, daß eine derartige Auffassung nicht für richtig gehalten werden kann.

Zuerst möchten wir jedoch die heute in der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft vorherrschende Meinung zu den uns interessierenden Problemen etwas näher kennzeichnen. Es wird dabei, wie schon erwähnt, auch den Produktionsmitteln Warencharakter zuerkannt, auch die innerhalb des staatlichen Sektors ohne Eigentumsübergang stattfindenden Güterbewegungen finden in der Ware-Geld-Form statt<sup>30</sup>. Hierfür werden verschiedene Erklärungen gegeben: Kronrod führt hierfür den Charakter der Arbeit im Sozialismus an<sup>31</sup>: „Der unmittelbare gesellschaftliche Charakter der Arbeit im Sozialismus befindet sich jedoch auf der ersten Stufe, im Anfangsstadium der Reife.“ Es gibt in der Sowjetunion noch Unterschiede in der Arbeit, die materielle Anreize notwendig machen, dem einzelnen Arbeiter muß sein Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt angerechnet werden. „Diese Anrechnung erfolgt im gegebenen Entwicklungsstadium nicht unmittelbar<sup>32</sup>.“ Auf der gleichen Linie liegt das von Gatowskij vertretene Argument, das die im Sozialismus noch vorhandene Knappheit an Gütern, die deshalb entsprechend der Arbeitsleistung verteilt werden müssen, für die Existenz der Warenproduktion verantwortlich macht<sup>33</sup>. Ostrowitjanow vertritt einen anderen Standpunkt, indem er als Hauptursache für den Warencharakter der Produktionsmittel die Einheit der sozialistischen Wirtschaft zusammen mit den Wechselbeziehungen zwischen dem staatlichen Eigentum und den anderen Eigentumsformen nennt. Unter diesen Wechselbeziehungen versteht er auch das Verhältnis der Arbeitskraft (persönliches Eigentum) zu den Produktionsmitteln (staatliches Eigentum); diese Wechselbeziehungen müssen so gestaltet sein, daß das materielle Interesse der Arbeiter an den Ergebnissen ihrer Arbeit geweckt wird. Die materielle Interessiertheit „verlangt, daß die Wechselbeziehungen zwischen dem

schen Ausgabe, Berlin(-Ost) 1959, S. 581—598. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch, Berlin(-Ost) 1960, S. 670—677.

<sup>30</sup> Politische Ökonomie, a.a.O., S. 582—584. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, a.a.O., S. 672.

<sup>31</sup> Diskussion über Wertgesetz und Preisbildung in der UdSSR, a.a.O., S. 901 f.

<sup>32</sup> Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, a.a.O., S. 12.

<sup>33</sup> *Ekonomičeskie problemy stroitel'stva kommunizma*, a.a.O., S. 97 f.

Staat und den ihm gehörenden Betrieben untereinander auf dem Prinzip des äquivalenten Ersatzes des Aufwands an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit beruhen. Dieser äquivalente Ersatz des Arbeitsaufwandes erfolgt jedoch unter den Bedingungen der Warenproduktion und -zirkulation in der Ware-Geld-Form<sup>34</sup>. Im Ergebnis kommt also Ostrowitjanow zu der gleichen letzten Begründung wie Kronrod, wiewohl sein Ausgangspunkt völlig verschieden ist. Später geht Ostrowitjanow in dieser Frage noch weiter, indem er eine „allseitige Entwicklung der Geld-Ware-Beziehungen im Sozialismus“ fordert, die dann im „dialektischen Sprung“ zum direkten Produktaustausch im kommunistischen Endzustand führen soll<sup>35</sup>. Letztere Annahme kann wohl nur als ideologische Verbrämung einer sehr weitgehenden Forderung angesehen werden.

So verschieden diese Begründungen auch sind, so ist doch ihr Ergebnis gleich: Es gibt im Sozialismus, wie er heute in der Sowjetunion verwirklicht ist, verbreitet Warenproduktion. Damit wird gleichzeitig gesagt, daß die Wertkategorie vorhanden ist, und es taucht jetzt die höchst komplizierte Frage nach dem Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus auf. Auch hier fällt das Ergebnis der Diskussion eindeutig gegen die bisherige Ideologie aus: Während Stalin 1952 zwar das Wertgesetz im Sozialismus nicht mehr völlig negierte, ihm jedoch jede regulierende Kraft absprach und nur von einer „Ausnutzung“ des Wertgesetzes sprach, gehen die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler heute wesentlich weiter und wollen letztlich die gesamte Preisbildung im sowjetischen Wirtschaftssystem auf der Grundlage des Wertgesetzes durchgeführt sehen. So betont Batschurin: „In der sozialistischen Gesellschaft müssen die Preise auf der Grundlage des gesellschaftlichen Wertes festgelegt werden“<sup>36</sup>.

Wenn dies auch der Einstellung der meisten sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler entspricht, so wird doch bezüglich des Wirkens des Wertgesetzes viel mehr als bezüglich der Existenz der Warenkategorie im Sozialismus versucht, dieses Wirken des Wertgesetzes zu beschränken. So heißt es in der Zusammenfassung der Diskussion im Januar 1958: „Es handelt sich nicht darum, die sozialistische Wirtschaft irgendeinem spontanen Gesetz des Kapitalismus unterzuordnen, sei es dem Wertgesetz in seiner ursprünglichen Form oder sei es dem Wertgesetz in seiner modifizierten Form des Produktionspreises,

<sup>34</sup> Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, a.a.O., S. 69. Hochinteressant ist, daß Ostrowitjanow als Beispiel für dieses „Problem der Warenbeziehungen zwischen den Betrieben, die einem Eigentümer gehören“, die „Monopolorganisationen der Kapitalisten“ anführt (Aktiengesellschaften, Trusts, Konzerne), wo auch Waren-Geld-Beziehungen beständen.

<sup>35</sup> *Ekonomičeskie problemy stroitel'stva kommunizma*, a.a.O., S. 87.

<sup>36</sup> Batschurin, A. W.: Das Wertgesetz und die Fragen der Preispolitik, in: *Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus*, Berlin(-Ost) 1960, S. 160 f.

sondern es geht vielmehr ausschließlich darum, ob es *zweckmäßig* ist, diesen oder jenen *Mechanismus der Preisbildung* unter dem Gesichtspunkt der optimalen Einsparung an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit *auszunutzen*<sup>37</sup>.“ Auch Strumilin stellt in einem die Wertgesetzdiskussion zusammenfassenden Aufsatz in „Voprosy ekonomiki“, Nr. 7/1959 diesen Gedanken der Anwendung des Wertgesetzes aus ökonomischen Zweckmäßigkeitsgründen, zur Rentabilitätssteigerung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Vordergrund<sup>38</sup>. In diesen Fällen wird offenbar versucht, die Anwendung des Wertgesetzes als eine Frage der *ökonomischen Zweckmäßigkeit* hinzustellen und ihre ideologische Bedeutung damit zu verkleinern. Am häufigsten wird jedoch der Versuch unternommen, die Bedeutung der Anerkennung des Wertgesetzes im Sozialismus durch den Hinweis auf seine *beschränkten Wirkungsmöglichkeiten* zu vermindern. Hierfür sei Kronrod angeführt: „In der durch das gesellschaftliche sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln vereinigten sozialistischen Wirtschaft kann das Wertgesetz nicht mehr als grundlegende und entscheidende Kraft die Reproduktionsproportionen steuern und die Produktion regulieren. Diese Funktion kommt hier dem ökonomischen Grundgesetz zu, das in erster Linie vermitteltst des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung die proportionale Verteilung der Arbeit und der Produktionsmittel entsprechend den Bedürfnissen der sozialistischen Wirtschaft lenkt“<sup>39</sup>.“ Kronrod bezeichnet in diesem Zusammenhang das Wertgesetz als „Zusatzmechanismus“ zu dem „Hauptmechanismus“, dem Gesetz der proportionalen planmäßigen Entwicklung.

Für unsere Untersuchung ergibt sich jedenfalls, daß die Anerkennung des Wirkens des Wertgesetzes wesentlich zögernder, verklausulierter vorgenommen wird als die Anerkennung der Warenkategorie. Wir müssen jetzt noch untersuchen, welche ideologischen Gründe für dieses unterschiedliche Verhalten maßgeblich sind. Die dogmatische Komponente der Ideologie kann nicht die Ursache sein, denn durch sie war die Unmöglichkeit der Warenproduktion im Sozialismus viel stärker festgelegt, und das Absterben des Wertgesetzes wurde nur als Folge des Verschwindens der Warenproduktion erwartet. Entscheidend für die größeren ideologischen Schwierigkeiten bei der Anerkennung des Wertgesetzes erscheint die *machtpolitische Komponente* der

<sup>37</sup> Das Wertgesetz und seine Rolle im Sozialismus, a.a.O., S. 15 (Eigene Hervorhebungen).

<sup>38</sup> Strumilin, S.: Zakon stoimosti i planirovanie, in: Voprosy ekonomiki, Moskva 1959, Nr. 7, S. 123—133.

<sup>39</sup> Kronrod, Ja.: Zakon stoimosti i problema cenoobrazovanija v SSSR, in: Voprosy ekonomiki, Moskva 1957, Nr. 2, S. 81 (deutsch: Wertgesetz und Preisbildung in der UdSSR, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin(-Ost) 1957, Nr. 8, S. 918.

Ideologie. Dies dürfte verständlich werden, wenn wir die Bedeutung des Wirkens des Wertgesetzes in der Wirklichkeit der Sowjetwirtschaft untersuchen. Hierbei wird auch die Diskrepanz zwischen Ideologie und Wirtschaftswirklichkeit deutlicher werden, die zu der hier beschriebenen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion geführt hatte.

Das sowjetische Planungssystem basiert, obwohl ihm eine theoretische Gesamtkonzeption wohl abgeht, jedenfalls auf dem Grundgedanken, daß alle entscheidenden ökonomischen Vorgänge von einer Zentralstelle im vorhinein festgelegt und in ihrer Durchführung von ihr überprüft werden. Aus verfahrenstechnischen Gründen wie auch aus Besonderheiten des sowjetischen Wirtschaftssystems, wie der freien Konsumwahl, blieben in diesem Planungssystem Kategorien erhalten, die die Klassiker des Marxismus als spezifisch kapitalistisch angesehen hatten — die Warenproduktion, das Geld mit der Geldrechnung, und die Bewertung der erzeugten Güter, das Preissystem. Lange Zeit waren die sowjetische Wirtschaftstheorie und die Planungsinstanzen der Meinung, daß sie diese aus der Marktwirtschaft entlehnten Kategorien der Planung unterordnen könnten. In der Wirtschaftspraxis äußerte sich dies darin, daß die Preise von den Planbehörden festgelegt wurden. Nun konnte diese Festlegung nicht nach Gutdünken vorgenommen werden, sondern sie mußte in Übereinstimmung mit den Planungszielen stehen, d. h. die Preise mußten die relativen Knappheiten der Güter innerhalb der Planungsziele widerspiegeln. Hier entstand das erste praktische Problem, das zur Wertgesetzdiskussion führte: Es fehlte den Planungsbehörden an Berechnungsmethoden, diese Preisfestsetzung im Rahmen der Planungsziele vorzunehmen.

Der Weg zu solchen Berechnungsmethoden wurde durch ein anderes Problem gewiesen: Es zeigte sich, daß ungeachtet der Festsetzung von Produktions- und Absatzmengen durch die Mengenplanung bei falschen Preisfestsetzungen Disproportionen auftraten, sei es in der Form von zu geringen Erzeugungsmengen bei zu niedrigen Preisen, sei es als Überplanbestände bei zu hohen Preisen. Unabhängig von den Absichten der Planer, ja diese Absichten störend oder berichtigend, zeigte sich das Wirken des Wertgesetzes. Der theoretische Gedankengang der sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler ging nun darauf hinaus, daß sich die Planbehörden entsprechend dem Wirken des Wertgesetzes verhalten sollten, d. h. die Preise in Übereinstimmung mit den Werten festsetzen sollten, bzw. daß Abweichungen der Preise von den Werten nur durch die Planungsziele bedingt *bewußt* vorkommen sollten. Die sowjetischen Wirtschaftstheoretiker erwarteten von einer derartigen Anwendung des Wertgesetzes eine allgemeine Rationalisierung der Sowjetwirtschaft, die der Planwirtschaft immanenten Friktionen sollten dadurch beseitigt werden, alle wirtschaft-

lichen Vorgänge sollten dadurch rechenbar gemacht werden, die Effizienz des ganzen Systems sollte durch die Auflösung des bisherigen Dualismus zwischen Natural- und Finanzplanung erhöht werden, auf betriebswirtschaftlicher Ebene sollten die wirtschaftliche Rechnungsführung auf eine exaktere rationale Basis gestellt und Rentabilität und Arbeitsproduktivität erhöht werden. Die Anwendung des Wertgesetzes sollte so zu einem Wundermittel gegen alle Schwächen der sowjetischen Planwirtschaft werden.

Diese weitgehenden Perspektiven waren offenbar für die Vertreter der Ideologie Grund genug, die beschriebene wirtschaftstheoretische Diskussion zuzulassen, ja in einigen Fällen wurden auch die Ergebnisse dieser Diskussion in die Praxis übertragen: Auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU 1958 wurde für die vom Staat aufgekauften Agrarprodukte ein neues, auf den Produktionskosten basierendes Preissystem eingeführt, und auch die bereits Februar 1958 beschlossene Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel aus den Maschinen-Traktoren-Stationen, also aus Staatseigentum, in die nach Stalin niedere Form des Eigentums, in das Kolchoseigentum, ist nur auf dem Hintergrund der neuen theoretischen Vorstellungen vom Warencharakter der Produktionsmittel zu verstehen. Trotzdem sind die praktischen Auswirkungen der Wertgesetzdiskussion bis heute sehr gering geblieben, die notwendige grundlegende Umgestaltung der Preisstruktur wurde nicht durchgeführt, obwohl die Wirtschaftstheoretiker für diesen Fall große wirtschaftliche Vorteile, die durchaus zur Machtstärkung der Vertreter der Ideologie beitragen würden, versprochen hatten.

Der Grund hierfür wie auch für die oben konstatierte größere ideologische Vorsicht bei der Diskussion des Wertgesetzes liegt in den Gefahren, die für die machtpolitische Komponente der Ideologie offenbar gesehen werden: So sehr auch betont wird, daß das Wertgesetz nur *innerhalb* der Wirtschaftsplanung wirken soll, so muß doch befürchtet werden, daß die Autonomie der Planung dadurch vermindert wird, daß das Wertgesetz zumindest Teile der Planung ersetzt, der Einwirkung der Planungsorgane entzieht. Wie könnte anders die Formulierung verstanden werden, daß die Planung *in Übereinstimmung mit dem Wertgesetz* erfolgen sollte? Weiter besteht vermutlich die Befürchtung, daß durch das Wertgesetz unkontrollierbare Dezentrierungserscheinungen auftreten könnten, da eine Planung in *Übereinstimmung mit dem Wertgesetz* nicht mehr notwendig von einer Zentralstelle vorgenommen werden müßte.

Als Ergebnis der ideologischen Implikationen der Wertgesetzdiskussion können wir somit festhalten: Die wirtschaftstheoretische Diskussion veränderte weitgehend die dogmatisch bestimmten Bestandteile



der Ideologie in diesem Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft. Sowie jedoch die machtpolitische Position der Ideologie angetastet zu werden droht — sie war hier durch den ideologischen Anspruch auf Planung und Lenkung der Wirtschaft repräsentiert — reagierten die Vertreter der Ideologie, indem sie die Ergebnisse der Wertgesetzk Diskussion nicht auf die Wirklichkeit anwandten, ja sie auch nicht zum Bestandteil der Ideologie machten. Wichtig bleibt jedoch auch unter diesen Umständen, daß in der Sowjetunion die wirtschaftstheoretische Diskussion nach zwei Jahrzehnten wieder in Gang gekommen ist. Es ist nicht abzusehen, ob es den Vertretern der Ideologie durch die einfache Nichtbeachtung der Ergebnisse der Wirtschaftstheorie, die eine bessere Übereinstimmung mit der Wirtschaftswirklichkeit aufweisen können, gelingt, den Einfluß der Wirtschaftstheorie auf die Gestaltung der Wirklichkeit aufzuhalten.